



Justizkommission
Commission de justice

Parlamentsdienste des Grossen Rates
Postgasse 68
Postfach 562
3000 Bern 8
+41 031 633 75 81
www.be.ch/gr

Tätigkeitsbericht 2023 der Justizkommission

Inhaltsverzeichnis

1.	Tätigkeit der Justizkommission.....	3
1.1	Oberaufsicht über das Obergericht, das Verwaltungsgericht und die Generalstaatsanwaltschaft	3
1.1.1	Budget 2024 / Aufgaben- und Finanzplan 2025-2027 der Justiz (BU 2024 / AFP 2025-2027)	3
1.1.2	Geschäftsbericht sowie Tätigkeitsbericht 2022 der Justiz	4
1.1.3	Vorberatung Kreditgeschäfte der Justiz	4
1.1.4	Bewilligung von Nebenbeschäftigungen	4
1.2	Vorbereitung der Richterwahlen	4
1.2.1	Vorbemerkungen	4
1.2.2	Ersatzwahlen für die Amtsdauer bis 31.12.2028	5
1.3	Beratung von Straferlassgesuchen	6
1.4	Beratung und Behandlung von Petitionen und Eingaben	6
2.	Antrag der Justizkommission	7
ANHANG: Personelle Zusammensetzung, Organisation und Beanspruchung der JuKo 2023		8

Die Justizkommission (JuKo) orientiert mit vorliegendem Bericht gemäss Artikel 50 Absatz 4 GO¹ über ihre Tätigkeit nach Artikel 38 GO.

1. Tätigkeit der Justizkommission

1.1 Oberaufsicht über das Obergericht, das Verwaltungsgericht und die Generalstaatsanwaltschaft

Die JuKo nahm im Jahr 2023 im Auftrag des Grossen Rates die Aufsicht über die Geschäftsführung der obersten kantonalen Gerichte (Obergericht, Verwaltungsgericht) sowie der Generalstaatsanwaltschaft wahr. Nicht Bestandteil der Aufsicht ist die Würdigung der Rechtsprechung der Gerichte. Vielmehr gilt die Aufsicht der Kontrolle, ob die Geschäftsführung der genannten Justizbehörden gesetzeskonform erfolgt. Im Rahmen der Aufsicht muss sichergestellt werden, dass die Behörden über die notwendigen Ressourcen und adäquaten Arbeitsbedingungen verfügen, um den Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Rechtsprechung bzw. Strafverfolgung innert den gesetzlichen Fristen erfüllen zu können.

Die beaufsichtigten Gerichtsbehörden wurden von den zuständigen Kommissionsausschüssen im Berichtsjahr einmal besucht. Die Berichterstattung über diese Besuche floss in die beiden Berichte der JuKo über den Geschäfts- und den Tätigkeitsbericht 2022 der Justiz² ein; die Berichte wurden in der Sommersession 2023 im Grossen Rat behandelt.

Die Vorberatung des Geschäftsberichts inklusive Tätigkeitsbericht der Justiz einerseits, sowie des Budgets mit Aufgaben- und Finanzplan der Justiz (BU / AFP der Justiz) andererseits, bildeten im Frühjahr und im Herbst die Schwergewichte der Kommissionstätigkeit.

Die JuKo hat sich im Berichtsjahr mit den folgenden Themen befasst:

1.1.1 Budget 2024 / Aufgaben- und Finanzplan 2025-2027 der Justiz (BU 2024 / AFP 2025-2027)

Wie schon in den Vorjahren führten die Geschäftsleitung der JuKo und die Justizverwaltungsleitung (*bis 31.12.2023 Justizleitung*) während des Budgetprozesses einen intensiven Dialog. Anlässlich der Vorberatung des BU 2024 / AFP 2025-2027 durch das Kommissionsplenum im November fand auch das Treffen mit der Justizverwaltungsleitung statt.

Schwerpunkte der Berichterstattung der JuKo zum BU 2024 / AFP 2025-2027 der Justiz³ bildeten in diesem Jahr erneut die Auswirkungen von Neuerungen und Änderungen der Bundesgesetzgebungen sowie die Sach- und Personalaufwendungen. Ein besonderes Augenmerk der Kommission lag auf den von der Justiz neu beantragten 15.4 Stellen (davon 2.3 unbefristet und 13.1 befristet). Die JuKo konnte den zusätzlichen Personalbedarf zwar grundsätzlich nachvollziehen, erachtete die Steigerung des Stellenetats aber in einer gesamtkantonalen Sichtweise als überproportional. Sie stellte dem Grossen Rat deshalb den Antrag, den Saldo der Erfolgsrechnung «Gerichtsbehörden und Staatsanwaltschaft (JUS)» zu kürzen und vermerkte in der Begründung zum Kürzungsantrag, dass die Kürzung beim zusätzlich beantragten Personalaufwand zu erfolgen habe (die beantragte Kürzung belief sich dabei auf 20% der zusätzlich beantragten

¹ Geschäftsordnung des Grossen Rates vom 4. Juni 2013 (GO; BSG 151.211).

² Bericht der JuKo vom 05.05.2023 zum Geschäftsbericht 2022 der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft und zum Aufsichtsbesuch 2023 sowie Bericht der JuKo vom 05.05.2023 zum Tätigkeitsbericht 2022 der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft und zu den Aufsichtsbesuchen 2023; beide Berichte abrufbar in den Unterlagen zur Sommersession 2023; Traktanden 19 und 87 (www.gr.be.ch -> Sessionen -> Sommersession 2023 -> Sessionsprogramm und Unterlagen).

³ Vgl. im Detail Bericht der JuKo vom 3. November 2023 zum Budget 2024 und zum Aufgaben- und Finanzplan 2025-2027 der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft; abrufbar in den Unterlagen zur Wintersession 2023; Traktanden 81 und 82 (www.gr.be.ch -> Sessionen -> Wintersession 2023 -> Sessionsprogramm und Unterlagen).

Stellen). Der Grosse Rat genehmigte das BU 2024 und den AFP 2025-2027 der Justiz unter Berücksichtigung dieses Kürzungsantrags in der Wintersession 2023.

1.1.2 Geschäftsbericht sowie Tätigkeitsbericht 2022 der Justiz

Im Frühjahr 2023 nahm die JuKo den Rechnungsabschluss 2022 der Justiz entgegen. Der Saldo der Rechnung lag CHF 18,4 Millionen unter dem budgetierten Saldo des Voranschlags 2022. Die Berichterstattung über den Geschäftsbericht 2022 der Justiz erfolgte in der Sommersession 2023; die Kommission hatte dabei keine besonderen Bemerkungen zum Geschäftsbericht 2022⁴.

Im Frühjahr fanden ferner die jährlichen Aufsichtsbesuche bei der Justizverwaltungsleitung, dem Obergericht, dem Verwaltungsgericht und der Generalstaatsanwaltschaft statt. Die JuKo liess sich dabei über verschiedene Themenbereiche im Zusammenhang mit dem Tätigkeitsbericht 2022 und über weitere aktuelle Themen informieren. Die zugehörige Berichterstattung findet sich im Bericht der Kommission über den Tätigkeitsbericht 2022 der Justiz⁵, welcher in der Sommersession 2023 vom Grossen Rat behandelt wurde.

1.1.3 Vorberatung Kreditgeschäfte der Justiz

Für die Wintersession 2023 hatte die JuKo zwei Kreditgeschäfte vorzubereiten. Beide Kreditgeschäfte wurden vom Grossen Rat mit Auflagen angenommen⁶.

1.1.4 Bewilligung von Nebenbeschäftigungen

Die hauptamtlichen Mitglieder von Obergericht, Verwaltungsgericht und Generalstaatsanwaltschaft sollen ihr Amt unabhängig ausüben und ihre Arbeitskraft möglichst uneingeschränkt in den Dienst der bernischen Justiz stellen. Die Ausübung aller Nebenbeschäftigungen und öffentlichen Ämter (während und ausserhalb der Arbeitszeit) ist für die voll- und teilzeitlich tätigen Richterinnen und Richter des Obergerichts und des Verwaltungsgerichts sowie für die hauptamtlichen Mitglieder der Generalstaatsanwaltschaft bewilligungspflichtig.

Im Berichtsjahr hat die JuKo in Anwendung ihrer Grundsätze 16 Gesuche um Bewilligung einer Nebenbeschäftigung oder eines öffentlichen Amtes behandelt. Sämtliche Gesuche wurden bewilligt.

1.2 Vorbereitung der Richterwahlen

1.2.1 Vorbemerkungen

Für die Vorbereitung der Richterwahlen verfügt die JuKo über einen ständigen Ausschuss, den Ausschuss IV. Im Ausschuss IV ist jede grossrätliche Fraktion mit je einem Mitglied vertreten. Hauptaufgabe des Ausschusses IV ist die Abgabe der Wahlempfehlung zuhanden des Grossen Rates. So beurteilt der Aus-

⁴ Vgl. FN 2

⁵ Vgl. FN 2

⁶ Vgl. im Detail Unterlagen zu «Gerichtsbehörden und Staatsanwaltschaft (JUS): Ausgabenbewilligung für die Fach- und Konzernapplikationen sowie Digitalisierung. Rahmenkredit 2024–2026» und zu «Staatsanwaltschaft des Kantons Bern: Transformation Fachapplikation Rialto auf SAP-Standard S/4 Hana (vorgezogene Lifecycle-Massnahme, Vorgangsbearbeitung für Polizei und Staatsanwaltschaft). Objektkredit» (unter den Traktanden 14 und 15 der Wintersession 2023 (www.gr.be.ch) -> Sessionen -> Wintersession 2023 -> Sessionsprogramm und Unterlagen)

schuss IV die Bewerberinnen und Bewerber gestützt auf die Bewerbungsdossiers, die eingeholten Stellungnahmen⁷, die Vorselektion und die Bewerbungsgespräche. Gerade das Einholen von Stellungnahmen bei den entsprechenden Gerichtsbehörden sowie weiteren Instanzen bildet dabei ein wesentliches Kriterium im ganzen Wahlvorbereitungsverfahren. Der Ausschuss IV ist darauf angewiesen, dass die Instanzen ihre Stellungnahmen klar und begründet abfassen.

In Bezug auf die miet- und arbeitsrechtlichen Fachrichterinnen und Fachrichter, die Fachrichterinnen und Fachrichter für das Handelsgericht und die Fachrichterinnen und Fachrichter für das Schiedsgericht in Sozialversicherungsstreitigkeiten besteht für bestimmte Verbände ein Wahlvorschlagsrecht⁸; der Ausschuss IV unterbreitet die Wahlvorschläge der Verbände in der Regel direkt dem Grossen Rat.

1.2.2 Ersatzwahlen für die Amtsdauer bis 31.12.2028

Im Laufe des Berichtsjahrs fanden folgende Ersatzwahlen statt, die durch den Ausschuss IV vorzubereiten waren:

- Wahl von zwei deutschsprachigen Mitgliedern für das Obergericht;
- Wahl von fünf deutschsprachigen Ersatzmitgliedern für das Obergericht;
- Wahl eines französischsprachigen Ersatzmitglieds für das Obergericht;
- Wahl einer Fachrichterin oder eines Fachrichters für das Kindes- und Erwachsenenschutzgerichts;
- Wahl von drei deutschsprachigen kaufmännischen Fachrichterinnen oder Fachrichtern für das Handelsgericht;
- Wahl einer französischsprachigen kaufmännischen Fachrichterin oder eines französischsprachigen kaufmännischen Fachrichters für das Handelsgericht;
- Wahl von zwei Mitgliedern für das Verwaltungsgericht, sozialversicherungsrechtliche Abteilung;
- Wahl einer Fachrichterin oder eines Fachrichters für das Schiedsgericht in Sozialversicherungsstreitigkeiten;
- Wahl einer französischsprachigen Fachrichterin oder eines französischsprachigen Fachrichters für die Enteignungsschätzungskommission;
- Wahl einer französischsprachigen Fachrichterin oder eines französischsprachigen Fachrichters für das Jugendgericht;
- Wahl von sechs deutschsprachigen Richterinnen oder Richtern für die Regionalgerichte;
- Wahl einer französischsprachigen Richterin oder eines französischsprachigen Richters für die Regionalgerichte;
- Wahl einer deutschsprachigen Laienrichterin oder eines deutschsprachigen Laienrichters für die Regionalgerichte;
- Wahl von zwei deutschsprachigen Fachrichterinnen oder Fachrichtern in arbeitsrechtlichen Streitigkeiten für die regionalen Schlichtungsbehörden;
- Wahl von zwei deutschsprachigen Fachrichterinnen oder Fachrichtern in Streitigkeiten nach dem Gleichstellungsgesetz für die regionalen Schlichtungsbehörden;
- Wahl einer deutschsprachigen Fachrichterin oder eines deutschsprachigen Fachrichters in mietrechtlichen Streitigkeiten für die regionalen Schlichtungsbehörden.

Für die Ersatzwahlen im Berichtsjahr wurden insgesamt 56 (Vorjahr: 68) Bewerbungsgespräche durchgeführt.

⁷ Die Stellungnahmen werden insbesondere beim Obergericht, Verwaltungsgericht, bei der Generalstaatsanwaltschaft, dem bernischen Anwaltsverband und dem Verein bernischer Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte eingeholt (Art. 21a Abs. 2 des Gesetzes über die Organisation der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft [GSOG; BSG 161.1]).

⁸ Siehe Art. 21a Abs. 3 GSOG

1.3 Beratung von Straferlassgesuchen⁹

Die JuKo hat die Aufgabe, eingehende Straferlassgesuche (auch Begnadigungsgesuche genannt) zu beraten und dem Grossen Rat Antrag zu stellen. Die Vorberatung innerhalb der Kommission obliegt dem Ausschuss I.

Im Berichtsjahr hatte die Kommission zwei Straferlassgesuche vorzubereiten. Die Beratung im Ratsplenum erfolgte in der Herbstsession 2023; den Anträgen JuKo und Regierungsrat entsprechend wurde ein Gesuch abgewiesen und beim anderen Gesuch erfolgte eine Teilbegnadigung¹⁰.

1.4 Beratung und Behandlung von Petitionen und Eingaben¹¹

Die JuKo ist für die Behandlung von sämtlichen Petitionen und Eingaben an den Grossen Rat zuständig. Innerhalb der Kommission werden die Petitionen und Eingaben vom Ausschuss II vorberaten. Dabei gilt bezüglich der Behandlung von Petitionen und Eingaben folgende Praxis: Petitionen, welche sachlich klar einer anderen Kommission zuordenbar sind, werden jeweils der betreffenden Kommission zur abschliessenden Behandlung weitergeleitet. Die Berichterstattung an den Grossen Rat erfolgt im Rahmen des vorliegenden Berichts. Die Behandlung von Eingaben obliegt allein der JuKo. Bei der Prüfung von Eingaben werden bei Bedarf Stellungnahmen eingeholt, welche jeweils in die Beantwortung der Eingaben einfließen.

Im Berichtsjahr sind 16 Petitionen eingegangen, von denen eine direkt durch die JuKo beantwortet und 15 an die jeweils sachlich zuständige Kommission zur direkten Beantwortung weitergeleitet wurden. Die sachlich zuständigen Kommissionen beantworteten von den 15 erhaltenen Petitionen deren neun, die Behandlung der übrigen sechs Petitionen wird im Laufe dieses Jahres erwartet. Die Petition, welche 2022 einging und damals noch nicht abschliessend behandelt werden konnte, wurde im Berichtsjahr von der sachlich zuständigen Kommission erwartungsgemäss erledigt.

Die JuKo nahm im Berichtsjahr sechs Eingaben entgegen¹²; davon konnte sie bis Ende 2023 zwei abschliessen, eine Eingabe wurde zuständigkeitshalber an eine andere Behörde weitergeleitet, drei werden im laufenden Jahr zu beantworten sein. Abgeschlossen werden konnten ferner die zwei Eingaben, die noch vom Vorjahr pendent waren. Nicht eingetreten werden konnte auf weitere vier Eingaben, die anonymisiert eintrafen¹³.

⁹ Art. 38 Abs. 2 Bst. f GO.

¹⁰ Vgl. auch Tagblatt und Unterlagen zu Traktanden 86 und 87 der Herbstsession 2023 (www.gr.be.ch -> Sessionen -> Herbstsession 2023 -> Sessionsprogramm und Unterlagen)

¹¹ Art. 87 Abs. 1 Gesetz über den Grossen Rat vom 4. Juni 2013 (Grossratsgesetz, GRG) i. V. m. Art. 38 Abs. 3 und Art. 111 GO.

¹² Hier nicht gezählt werden neue Schreiben zu Eingaben, die in den Vorjahren von der JuKo bereits abschliessend behandelt wurden und auf die deshalb nicht mehr reagiert wird.

¹³ Art. 87 Abs. 5 GRG

2. Antrag der Justizkommission

Die JuKo beantragt dem Grossen Rat, den vorliegenden Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Bern, 17. Mai 2024

Im Namen der Justizkommission:

Die Präsidentin: M. Kocher Hirt

Die Sekretärin: H. Kauz

ANHANG: Personelle Zusammensetzung, Organisation und Beanspruchung der JuKo 2023*Vorbemerkung: Wechsel im Präsidium*

Aufgrund der Amtszeitsbeschränkung¹⁴ trat die bisherige Präsidentin der JuKo, Frau Grossrätin Margrit Junker Burkhard, per Ende November 2023 aus der JuKo aus. Der Grosse Rat wählte in der Wintersession 2023 Frau Grossrätin Manuela Kocher Hirt als neue Präsidentin der JuKo.

Personelle Zusammensetzung

Name	Partei	In der JuKo seit
Junker Burkhard Margrit (Präsidentin und ordentliches Mitglied bis November 2023)	SP	November 2019 bis November 2022 Juni 2014 bis Mai 2018
Kocher Hirt Manuela (Präsidentin ab November 2023, vorher ordentliches Mitglied)	SP	Juni 2018
Schwarz Jakob (Vizepräsident)	EDU	Juni 2022
Ali-Oesch Katharina	SP	November 2023
Ammann Christa	AL	September 2022
Berger Stefan	SP	Juni 2018 bis September 2023
Bohnenblust Peter	FDP	März 2021
Bühler Manfred	SVP	Juni 2022 bis März 2023
Fuchs Thomas	SVP	Juni 2022
Gerber Christine	SVP	Juni 2017
Graf Urs	SP	November 2019
von Greyerz Nicola	SP	September 2023
Haudenschild Peter	FDP	Juni 2021
Hiltbold Thomas	Grüne	Juni 2022
Jost-Morandi Tamara	GLP	Juni 2022
Kohli Philip	Die Mitte	Juni 2022

¹⁴ Mitglieder des Grossen Rates dürfen höchstens acht Jahre lang derselben Kommission angehören (Art. 45 Abs. 3 GO)

Lerch Martin	SVP	Juni 2022
Messerli Philippe	EVP	Juni 2022
Schilt Walter	SVP	Juni 2023
Schneider Sandra	SVP	Juni 2018

Organisation

Geschäftsleitung	gesamte Oberaufsicht und Finanzaufsicht Junker Burkhard Margrit (<i>Präsidentin, bis November 2023</i>), Manuela Kocher Hirt (<i>Präsidentin, ab November 2023</i>), Schwarz Jakob (<i>Vizepräsident</i>), Bohnenblust Peter (<i>Ausschussleiter</i>), Gerber Christine (<i>Ausschussleiterin</i>), Graf Urs (<i>Ausschussleiter</i>)
Ausschuss I	Aufsicht Obergericht, Vorberatung Straferlasse Bohnenblust Peter (<i>Ausschussleiter</i>), Messerli Philippe, Schneider Sandra
Ausschuss II	Aufsicht Verwaltungsgericht, Vorberatung Petitionen und Eingaben Gerber Christine (<i>Ausschussleiterin</i>), Berger Stefan (<i>bis September 2023</i>), Haudenschild Peter
Ausschuss III	Aufsicht Generalstaatsanwaltschaft Graf Urs (<i>Ausschussleiter</i>), Ammann Christa, Lerch Martin
Ausschuss IV	Vorbereitung Richterwahlen Schwarz Jakob (<i>Ausschussleiter</i>), Fuchs Thomas, Kocher Hirt Manuela (<i>bis November 2023</i>), von Greyerz Nicola (<i>ab November 2023</i>), Hiltbold Thomas, Bohnenblust Peter, Stucki Barbara (<i>nicht Mitglied der JuKo</i>), Kohli Philip, von Bergen Margret (<i>nicht Mitglied der JuKo</i>)

Beanspruchung der Justizkommission 2023

Die JuKo traf sich im Jahr 2023 zu zehn Plenumsitzungen. Die Geschäftsleitung und die ständigen Ausschüsse traten zu 47 Sitzungen zusammen.